Morgen-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alle Manuskripte gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Mittwoch, 29. April	Nr. 542

Empfang zu Ehren des Landwirtschaftsministers Rossoni.

Berlin, 28. April. Der Präsident der Akademie für Deutsches Recht, Reichsminister Dr. Frank, dessen vor kurzem erfolgter Besuch in Italien die deutsch-italienischen Kulturbeziehungen erfolgreich gefördert hat, gab am Dienstag abend in den Räumen der Akademie für Deutsches Recht einen Empfang zu Ehren des zur Zeit in der Reichshauptstadt weilenden italienischen Landwirtschaftsministers Exzellenz Rossoni. In der Begleitung des Ministers befanden sich der italienische Botschafter Attolico und Frau Attolico, der Botschaftsrat Marchese Diana und Marchesa Diana sowie der Botschaftsrat Graf Magistrati. Dem Empfang wohnten ferner bei Reichsernährungsminister Darré, außerordentlicher Bevollmächtigter und Botschafter v. Ribbentrop mit Gattin sowie der stellvertretende Präsident der Akademie für Deutsches Recht, Geheimrat Prof. Dr. Hedrich.

Ausstellung der NSKOB im Reichstag.

Berlin, 28. April. In der Wandelhalle des Reichstagsgebäudes eröffnete am Dienstag Reichskriegsopferführer Oberlindober die NSKOB-Ausstellung „Die lebende Front". Zu dem feierlichen Akt waren auch die zur Zeit in Berlin weilenden finnischen Frontkämpfer erschienen.

Nach dem Fahnenappell marsch begrüßte der Hauptgeschäftsführer der NSKOB, Ritzel, die Gäste. Er gedachte der Toten des Krieges und der Bewegung.

Reichskriegsopferführer Oberlindober eröffnete die Ausstellung mit einer Ansprache. Die Schau solle in Erinnerung bringen, welche Schrecken der Frontsoldat des Weltkrieges 4½ Jahre lang zu bestehen gehabt habe. Deshalb bringe die Schau, die im Laufe der Zeit in ganz Deutschland gezeigt werden solle, einen Leitabschnitt der Front im lebenden Modell. Hier könne sich jeder ein Bild davon machen, was ein Tag im Schützengraben, ein Tag Trommelfeuer bedeutet habe. Dann werde er auch bereit sein, dem deutschen Manne, der an der Front zu Schaden gekommen sei, und der deutschen Frau, die das höchste Opfer, ihren Ernährer, für das Vaterland hingegeben habe, still und ehrfürchtig den Dank im Herzen zu zollen, den sie ehrlich verdient hätten. Gerade in diesen Tagen, in der die Welt von Krieg und Kriegsgeschrei widerhalle, habe einer, der die Front wirklich kennengelernt habe, der Führer und Kanzler des deutschen Volkes, der Welt die Hand gereicht für einen Frieden, der nur auf gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung der Völker beruhen könne. Wie fruchtbar das Zusammenarbeiten der Frontsoldaten für die Nationen sein könne, zeige der Besuch der finnischen Frontkämpfer, die ein freundschaftliches Verhältnis mit ihren deutschen Kameraden verbinde.

Nach der Eröffnung der Ausstellung empfing der Staatskommissar der Stadt Berlin, Dr. Lippert, die finnischen Frontkämpfer, die heute zum Teil an hervorragender Stelle im öffentlichen Leben Finnlands tätig sind, im Reichstagsgebäude.

Luze überreicht Adlerschild an Geheimrat Tammann.

Göttingen, 29. April. In der Aula der Universität Göttingen hatten sich am Dienstag nachmittag neben der Dozentenschaft und zahlreichen Studierenden der Universität Vertreter der Behörden und Partei zu einer schlichten Feier eingefunden, bei der der Adlerschild, den der Führer und Reichskanzler dem verdienstvollen Göttinger Physiker Geheimrat Tamman zu verleihen hat, durch Oberpräsident Stabschef Luze dem Gelehrten überreicht wurde.

Der Rektor der Universität Göttingen, Professor Dr. Friedrich Neumann, eröffnete die Feier und begrüßte den Stabschef und Oberpräsidenten Luze, ferner den Vertreter des Reichsministers für Wissenschaft und Volksbildung, Professor Dr. Menzel, und den mit dem Adlerschild ausgezeichneten Geheimrat Tammann.

Oberpräsident Luze erklärte in seiner Ansprache, er habe mit Freuden den Auftrag des Führers angenommen, Geheimrat Tammann diese Auszeichnung zu überreichen. Der Oberpräsident brachte dann dem Gelehrten die Glückwünsche des Führers und seine eigenen Glückwünsche aus.

Anschließend überbrachte Professor Dr. Menzel die Glückwünsche des Reichsministers Rust.

Geheimrat Tammann dankte mit bewegten Worten für diese Ehrungen.

Die Phönix-Liste veröffentlicht.

Wien, 28. April. Die Amtliche Nachrichtenstelle beginnt mit der Ausgabe der Listen der von der Lebensversicherungsgesellschaft Phönix bestochenen Personen. In der amtlichen Mitteilung heißt es:

„Die in der Oeffentlichkeit vielgenannte Liste wurde bei der Direktion der Lebensversicherungsgesellschaft Phönix vorgefunden und befindet sich in den Händen der Behörden. Es handelt sich hierbei um eine Liste, bestehend aus 24 Blättern, die lückenlos vom Januar 1931 bis zum 17. Februar 1936 geführt wurde. Die Gesamtsumme der darin verzeichneten Beträge beläuft sich auf 2 814 000 Schilling und 7000 tschechische Kronen.

„Die Behörden haben außer der Liste auch alle anderen sich darbietenden Beweismittel wie Geschäftsbücher, Aussagen von Personen usw. herangezogen.

„Die Erhebungen ergaben folgendes Resultat:

„Von dem in der Liste enthaltenen Gesamtbetrag entfallen 600 000 Schilling auf Remunerationen, Ausbilfen und Zuwendungen für Wohlfahrtszwecke an Angestellte der Lebensversicherungsgesellschaft.

„Für Preiszwecke wurden ausgegeben 1 098 000 Schilling. Von diesem Betrag entfallen 635 000 Schilling an den Herausgeber der „Sonn- und Montagszeitung" Klebinder. Der verbleibende Betrag verteilt sich auf fünf Jahre und auf mehrere Blätter, unter denen sich keine führende Tageszeitung Oesterreichs befindet.

„Ein Betrag von 15 495 Schilling wurde als Darlehen an vier öffentliche Beamte ausgewiesen. Gegen diese Beamten wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet. Ein Betrag von 94 329 Schilling ist auf die Buchstabenziffern „O" eingetragen. Hierbei liegt der Verdacht vor, daß es sich um eine Fehlbuchung handelt, die dem Leiter der staatlichen Aufsichtsbehörde über das Versicherungswesen, Sektionschef Ochsner, zugekommen ist.

„An Beträgen, die politischen Parteien oder anderen Organisationen zugeflossen sind, ergaben sich zum Teil aus der früher erwähnten Liste, zum Teil aus anderen Beträgen nachfolgende Summen: Der jüdische Nationalfonds erhielt aus dem Titel einer Ueberprovision 500 000 Schilling. Die erwähnte Liste weist einen weiteren Betrag von 3500 Schilling für jüdisch nationale Zwecke auf."

In der amtlichen Verlautbarung wird dann behauptet, daß auch einem angeblichen Nationalsozialisten namens Willi Bachmann über 400 000 Schilling gegeben worden seien. (Ein solcher Willi Bachmann war bislang in Wien gänzlich unbekannt).

Die Liste führt dann fort, die Primer-Heimwehr (Dr. Primer war seinerzeit zweiter Bundesleiter der Oesterreichischen Heimwehren und hat später die sogenannte Steierische Heimwehr gegründet) erscheine unter den Geldempfängern in der Zeit vom 3. April 1931 bis 27. Juli 1932 mit 18 000 Schilling.

Der Landbund erscheint in der Liste mit dem Betrag von 192 800 Schilling. Hinzu kommen noch namhafte zum Teil unkündbare Darlehen zu niedrigem Zinsfuß an einige Mitglieder des ehemaligen Landbundes.

Die Sozialdemokratische Technische Union (eine Gewerkschaft, die hauptsächlich die Post- und Telegraphen-Angestellten umfaßt) erhielt ein Darlehen von 300 000 Schilling.

Zu Händen Dr. Rintelens ist ausgewiesen ein Betrag von 13 000 Schilling sowie ein weiterer Betrag von 95 000 Schilling, der ihm im Jahre 1932 von der Kompaß-Bank angewiesen ist.

Ein Betrag von vier bis fünf Millionen Schilling, der sich nach den bisherigen Erhebungen etwas erhöhen dürfte, wurde nach den vorgefundenen Belegen für außerordentliche Ausgaben in Prag verwendet. Ein ins einzelne gehender Ausweis über diesen Betrag ist in den Wiener Belegen nicht vorhanden. Ferner erhielt einen Summe von 76 200 Schilling der Rechtsanwalt Grimeisen und 80 000 Schilling ein Friedrich Rokitansky.

In der amtlichen Verlautbarung folgen dann die Namen von Personen, die öffentliche Aemter bekleiden. Es wird festgestellt, daß im Zusammenhang mit der Phönix-Angelegenheit der Präsident der Bundesbahnen, General der Infanterie Karl Vaugoin, der Heimatschutzführer Staatsrat Coreth, der Staatsrat und ehemalige Landesverteidigungsminister Generaloberst Fürst Schönburg-Hartenstein, der Landesleiter der Vaterländischen Front in Wien, Oberstleutnant a. D. Seifert und schließlich der Präsident der österreichischen Verkehrswerbung, Mitglied des Bundeswirtschaftsrats Dr. Strafella ihre öffentlichen Aemter niedergelegt haben.

Vaugoin und General Staatsrat Coreth sei, so heißt es weiter, Ehrenrühriges aber nicht nachgewiesen worden. Hinsichtlich des Staatsrates Schönburg-Hartenstein lägen die Dinge so, daß die Phönix-Gesellschaft zwei Versicherungspolicen aus dem Jahre 1920, lautend auf Beträge von 1 Million Kronen und 500 000 Kronen, auf im ganzen 15 000 Schilling umgewertet habe. Ferner habe Generaldirektor Dr. Berliner bei Eintritt des Staatsrats Schönburg-Hartenstein in den Direktionsrat der Phönix diesem auf sein Konto 10 000 Schilling überwiesen. Diesen Betrag habe Schönburg-Hartenstein niemals angerührt und nunmehr zurückerstattet. Rücktritt Dr. Strafellas habe 16 700 Stück Prioritäts-Aktien einer oberösterreichischen Lokal-Bahn um 550 000 Schilling an die Phönix verkauft. Diese Aktienverkäufe seien ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde durchgeführt worden.

Hinsichtlich der Beträge, die an Organisationen gegeben wurden, enthält die amtliche Verlautbarungsliste folgende Posten: Der Reichsbund der Oesterreicher (monarchistische Organisation) erhielt nach der Verlautbarung im ganzen 9000 Schilling, die Ostmärkischen Sturmscharen 2000 Schilling und die inzwischen aufgelöste Großdeutsche Volkspartei 47 000 Schilling als Provision für eine Kollektiv-Versicherung.

Der Heimatschutz hatte für alle seine Angehörigen in allen Bundesländern eine kollektive Unfallversicherung abgeschlossen, wofür ihm ein Regiekostenbetrag für die Durchführung dieser Versicherung in Höhe von 5000 Schilling monatlich ausgezahlt wurde. Die Summe dieser Vergütungen beträgt 95 000 Schilling.

Der Eindruck der Liste in ausländischen Kreisen.

Wien, 28. April. In der nunmehr veröffentlichten amtlichen Liste der durch den Phönix-Skandal belasteten Persönlichkeiten ist, wie man in hiesigen ausländischen Kreisen glaubt, nicht alles mitgeteilt worden, was zur völligen Aufklärung hätte gelagt werden können. Selbst wenn man nur diese Liste zur Beurteilung heranziehe und nicht die sich mit jeder Hartnäckigkeit erhaltenden Gerüchte und inoffiziellen Listen, so bleiben, wie betont wird, verschiedene unaufgeklärte Punkte. Z. B. bei den Angaben der für die Presse herausgabten Beträge über eine Summe von rund 460 000 Schilling nichts genaueres gesagt. Auch vermisse man die Namen der hier öffentlichen Beamten, die ein Darlehen bekommen haben, für noch nicht geklärt hält man auch die Posten von rund 100 000 Schilling, der auf Konto „O" gegangen sei und wobei lediglich die Verwaltung ausgesprochen werde, daß Sektionschef Ochsner diese bekommen habe.

Als ganz ungeklärt betrachtet man den angeblichen Posten für die Nationalsozialisten". Ueber 400 000 Schilling soll ein Herr Bachmann bekommen haben, der nach dem amtlichen Bericht Devisen- und Häuseragent war. Was dazu führte, diesen Mann als Nationalsozialisten zu bezeichnen, ist nicht bekannt. Selbst die amtliche Mitteilung hebt hervor, daß es sich hier möglicherweise um rechtmäßige Provisionen gehandelt habe. Ein Nationalsozialist Bachmann ist jedenfalls hier nirgends bekannt. Bei den „Nationalsozialisten", die darüber hinaus 64 000 Schilling bekommen haben sollen, sind seltsamerweise die Namen verschwiegen.

Ferner vermißt man genaue Angaben darüber, wer die „nambaften, zum Teil unkündbaren Darlehen zu niedrigem Zinsfuß" von den Mitgliedern des ehemaligen Landbundes erhielt. Keine Klarheit gewinnt man auch aus den vier bis fünf Millionen „außerordentlichen Ausgaben in Prag".

Nachzutragen wäre noch, daß der Landesleiter der Vaterländischen Front in Wien, Oberstleutnant Seifert, seit Oktober 1934 monatliche Zuwendungen in Höhe von 300 und später von 400 Schilling erhalten hat. Er will die Beträge zur Unterstützung notleidender Kameraden verwendet haben.

Optimistische Beurteilung Oesterreichs durch Chamberlain.

London, 29. April. Zum Abschluß der Besuche Sir Austen Chamberlains in Wien, Prag und Budapest schreibt der Wiener Reuter-Korrespondent, Chamberlain habe während seines Aufenthaltes in Mitteleuropa den Eindruck gewonnen, daß die Lage Oesterreichs besser sei, als er vorher geglaubt habe. Er sei mehr als je von der Notwendigkeit überzeugt, die Unabhängigkeit Oesterreichs aufrechtzuerhalten. Wie verlautet, stehe Chamberlain grundsätzlich dem Gedanken einer Wiederherstellung der österreichischen Monarchie freundlich gegenüber, ohne diese Frage im gegenwärtigen Augenblick als dringend zu betrachten.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Herald meldet, daß Chamberlain nach seiner Rückkehr nach London sowohl dem Ministerpräsidenten Baldwin wie dem Außenminister Eden einen ausführlichen Bericht über seine Eindrücke in Mitteleuropa erstatten werde.

Ungarischer Protest gegen den Plan Flandins.

Budapest, 28. April. In den beiden Kammern des ungarischen Parlaments, im Reichstag und im Oberhaus, soll, wie der Pesti-Hirlap ankündigt, in der zweiten Maihälfte ein offizieller Protest gegen den Plan Flandins beschlossen werden. Am gleichen Tag sollen in allen Städten Versammlungen der ungarischen Revisionsliga stattfinden, in denen eine Protestentschließung an den Völkerbund und an sämtliche europäischen Regierungen gesandt werden soll.

In der Entschließung soll eine gerechte Gebietsregelung, strengste Einhaltung der Minderheitenschutzverträge und volle Gleichberechtigung der besiegten Staaten gefordert werden. Von amtlicher Seite wird zu dieser Mitteilung noch nicht Stellung genommen.

Der Fragebogen im Entwurf fertiggestellt.

London, 28. April. Wie verlautet, hat das englische Auswärtige Amt den Fragebogen an Deutschland im Entwurf fertiggestellt.

Wie ferner verlautet, hat die belgische Regierung durch ihre Botschafter keine besonderen Wünsche bezüglich des Fragebogens vortragen lassen. Sie überläßt es der britischen Regierung, die Fragen nach ihrem Ermessen zu stellen.

Die Zivilliste König Eduards VIII.

London, 28. April. Ein Sonderausschuß des Unterhauses beschäftigte sich am Dienstag mit der Zivilliste des englischen Königs, die nach dem Tode des Königs Georg V. neu festgesetzt werden mußte. Da König Eduard VIII. nicht verheiratet ist, wird sich seine Zivilliste erheblich niedriger stellen als die seines Vaters. Er erhielt 410 000 Pfund (5 Millionen RM) erhalten, während seinem Vater 470 000 Pfund (6 Millionen RM) zugebilligt waren. Von der Gesamtsumme werden jedoch auf Wunsch des Königs, solange er unverheiratet bleibt, 156 000 weitere Pfund jährlich eingespart.

Der ägyptische Thronfolger vor der Abreise nach Kairo.

London, 28. April. Der ägyptische Thronfolger Faruk wird am Mittwoch London verlassen, um sich nach Kairo zu begeben. Eine frühere Abreise ließ sich nicht ermöglichen.

Lord Lloyd, der frühere Kommissar von Aegypten, veröffentlicht anläßlich des Todes des Königs Fuad einen Nachruf, in dem er den Verstorbenen wegen seines unerschütterlichen Fleißes und seiner ausgezeichneten Kenntnis der verwickelten ägyptischen Politik rühmt.

Oberhausmitglieder verlieren ihr Gerichts-Vorrecht.

London, 28. April. Das Oberhaus nahm einen Antrag an, der das Vorrecht seiner Mitglieder, wonach diese bei bestimmten Vergehen und Verbrechen nur vom Oberhaus selbst abgeurteilt werden konnten, abschafft.

Herriot kandidiert auch im zweiten Wahlgang.

Paris, 28. April. Herriot hat sich entschlossen, seine Kandidatur zur Abgeordnetenwahl in Lyon auch im zweiten Wahlgang aufrecht zu erhalten. Der örtliche kommunistische Wahlausschuß hat beschlossen, gemäß der Wahlabmachung der Volksfront, den kommunistischen Bewerber in Herriots Wahlkreis zu Gunsten Herriots aus der Stichwahl zurückzuziehen.

Der französische Unterrichtsminister verzichtet.

Paris, 28. April. Der Unterrichtsminister Guernut, ein Radikalsozialist, hat seine Absicht bekannt gegeben, in der Stichwahl am kommenden Sonntag zu Gunsten seines sozialistischen Mitbewerbers bei den Wahlen, der im ersten Wahlgang mehr Stimmen als Guernut bekommen hat.

Aus der Erklärung Guernuts ergibt sich, daß die Wahldisziplin der Volksfront durchgeführt wird.

Ein nichtständiger Ratssitz für China?

Genf, 28. April. Der Ausschuß für die Zusammensetzung des Völkerbundsrates beschloß, die Schaffung eines elften nichtständigen Ratssitzes vorzuschlagen, der vorbehaltlich der Zustimmung der Völkerbundsversammlung China zugeteilt werden soll.

Außerdem wurde die Beibehaltung des im Jahre 1933 geschaffenen 10. nichtständigen Sitzes, den zur Zeit Portugal inne hat, beschlossen, wobei an die Möglichkeit gedacht wird, ihn im September einem der baltischen Staaten zuzuteilen.

Der estnische Generalstabschef bei Woroschilow.

Moskau, 28. April. Wie amtlich mitgeteilt wird, fand am Montag abend zwischen dem Kriegskommissar Woroschilow und dem Chef des estnischen Generalstabes, General Reek, sowie dem Abteilungsleiter im estnischen Generalstab Oberstleutnant Maria eine Unterredung statt. Auch die beiderseitigen Militärattaches nahmen an der Aussprache teil.

Zusammenstöße in Nazareth.

Jerusalem, 29. April. In Nazareth kam es am Dienstag zwischen demonstrierenden Arabern, die vor das Regierungsgebäude gezogen waren, und Polizisten zu Zusammenstößen. Die Polizei feuerte mehrmals. Einige Araber und drei Polizisten erlitten Verletzungen.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.